

Dienstag, 20. Oktober 2020

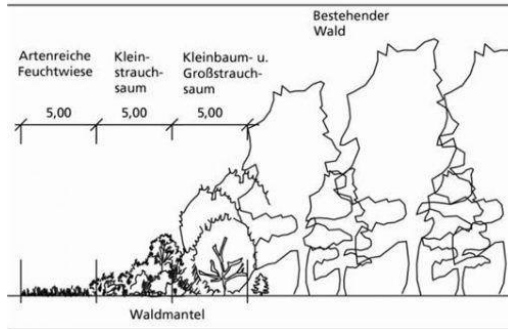
Seite 18

# Ausgleichsfläche wird verlegt

## Edlinger Gemeinderat mit Standort in der Au einverstanden

VON BARBARA HILBERT-RIEGER

**Edling** – Die Ausgleichsfläche an der Edlinger Birkenstraße darf nach Ansicht der Mehrheit des Gemeinderates in die Au verlegt werden. Einem entsprechenden Antrag stimmte der Rat nach längerer Diskussion mit acht zu fünf Stimmen zu.



## Keine Kontrolle durch Naturschutzbehörde

Die Ausgleichsfläche hätte laut einer Satzung von 2007 schon längere Zeit entsprechend bepflanzt werden sollen – was nie geschah und von der damals zuständigen Unteren Naturschutzbehörde nie kontrolliert wurde. Die Überprüfung, ob derartige Flächen auch wirklich satzungsgerecht bepflanzt werden, obliegt bereits seit einiger Zeit der Gemeinde, die sich laut Aussage von Bürgermeister Schnetzer (CSU) auch darum kümmern wird.

Helmut Hammerbacher (UBG) erklärte, dass der damalige Gemeinderat die Satzung aufgestellt habe, um zu verhindern, dass auf der Fläche weitere Wohnbebauung entstehen könne. Der Gemeinderat sei zum einen davon ausgegangen, dass es sich um Überschwemmungsgebiet handele, zum anderen um Grünflächen innerhalb des Ortes zu erhalten. Bürgermeister Schnetzer ergänzte, dass ein fünf Meter breiter Streifen als Ortsrandeingrünung dienen müsse und nicht verlegt werden dürfe.

Während Josef Krieger (ÜWG) die Verlegung als „unproblematisch“ bezeichnete, befürchtete Florian Prietz (UBG) eine nach der Verlegung mögliche weitere Bebauung der 960 Quadratmeter großen Parzelle.

Jürgen Hansen (UBG) meinte, dass die Grünfläche an dieser Stelle „die Gegend aufwerten“ und den Ort lebenswerter machen würde. Prietz (UBG) ergänzte „Bäume und Sträucher können gut gebraucht werden“ und sollten dort angepflanzt werden, wo man es vor 13 Jahren beschlossen habe. Dem widersprach Georg Berndl (CSU), der vermutete, „verwildertes Gras mit ein paar Sträuchern“ würde kein „schönes Bild“ abgeben.

## Ortsrandbegrünung noch heuer anlegen

Auch Wolfgang Baumann (ÜWG) befürchtete, dort gepflanzte Bäume und Sträucher würden über kurz oder lang verwildern. „Wenn wir die Ausgleichsfläche verlegen, werden es vielleicht sogar mehr Bäume“, meinte Stefan Färber (CSU), da der Antragsteller dort eine von einem Fachplaner festgelegte Menge und Qualität an Pflanzen umsetzen müsse. Obwohl Sandra Waldherr (UBG) einen „Präzedenzfall“ befürchtete, stimmten acht der anwesenden Gemeinderäte für den Antrag, Bürgermeister Schnetzer (CSU)

und die vier UBG-Gemeinderäte Hammerbacher, Hansen, Prietz und Waldherr stimmten dagegen. Der Antragsteller muss noch in diesem Jahr die Ortsrandbegrünung mit „heimischen, standortgerechten Strauchgruppen und Einzelbäumen“ sicherstellen und für die neue Fläche den von einem Landschaftsarchitekten erstellten Pflanzplan umsetzen.



## Gestuffer Waldrand

Ein detaillierter Plan beschreibt die vorgesehene Art der Bepflanzung: Demnach sollen eine artenreiche Feuchtwiese und ein gestufter Waldrand mit 15 Meter Gesamttiefe angelegt werden. Gepflanzt werden sollen Sträucher wie Felsenbirne, Roter Hartriegel, Liguster, Rote Hockenkirsche, Hunds-Rose, Trauben-Holunder und Wolliger Schneeball. Für den Kleinbaum und Großstrauchsaum sind Kornelkirsche, Weißdorn, Gemeine Hasel, Öhrchenweide, Holzapfel, Vogelkirsche und Feldahorn vorgesehen. Die gesamte Fläche muss gegen Wildverbiss geschützt werden. Ausfälle seien zu ersetzen. „Der Einsatz von Dünger und Pestiziden ist nicht erlaubt“, heißt es. Niederlöhner